



Postulat Meyer Jörg und Mit. über ein Anrecht der Luzerner Bevölkerung auf die Bundesgelder der individuellen Prämienverbilligung (IPV)

eröffnet am 22. Oktober 2018

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die zusätzlichen Mittel des Bundes für die individuelle Prämienverbilligung (IPV) vollumfänglich der Luzerner Bevölkerung zukommen zu lassen. Dies ist bereits im Budget 2019 wie auch in den Planjahren 2020 bis 2022 vorzusehen.

Begründung:

Der Bundesbeitrag an die individuelle Prämienverbilligung wird laufend der Entwicklung der Krankenkassenprämien angepasst. Damit ist sichergestellt, dass die Entlastung für Familien und den Mittelstand in gleichem Mass aufrechterhalten werden kann. So steigt der Bundesbeitrag für den Kanton Luzern auf 2019 hin um 5,2 Millionen Franken (AFP S. 234). Auch in den Planjahren ist ein steigender Beitrag eingerechnet.

Auf 2019 bauen jedoch der Kanton und die Gemeinden ihren Beitrag an die individuelle Prämienverbilligung um insgesamt 2,6 Millionen Franken ab. De facto werden somit zweckgebundene Gelder des Bundes zur finanziellen Sanierung der Kantonsfinanzen verwendet. Der Anspruch der Luzerner Bevölkerung auf diese Gelder wird missachtet, und der Kanton zieht sich mehr und mehr aus der Mitverantwortung für die individuelle Prämienverbilligung zurück.

Auch in den Planjahren (z.B. 2021) soll anscheinend der Anstieg der Bundesgelder nicht vollumfänglich zugunsten der Luzerner Bevölkerung eingesetzt werden und ist bereits ein weiterer Abbau der Kantons- und Gemeindebeiträge für die individuelle Prämienverbilligung eingerechnet.

Meyer Jörg
Zemp Baumgartner Yvonne
Wimmer-Lötscher Marianne
Fässler Peter
Fanaj Ylfete
Ledergerber Michael
Budmiger Marcel
Setz Isenegger Melanie
Sager Urban
Roth David
Pardini Giorgio
Candan Hasan

Schuler Josef
Meyer-Jenni Helene
Schneider Andy
Agner Sara
Koch Hannes
Frye Urban
Reusser Christina
Estermann Rahel
Frey Monique
Stutz Hans
Hofer Andreas